

KOMMENTAR

Sicherheit vorgaukeln

Von Norbert Spinrath

Die Video-Überwachung auf öffentlichen Plätzen ist ins Gespräch geraten. Während die Bundes- und Landesdatenschutzbeauftragten Gefahren für das Selbstbestimmungsrecht der Bürgerinnen und Bürger sehen, verspricht sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion von einer mobilen Videoüberwachung von Kriminalitätsschwerpunkten auf öffentlichen Straßen und Plätzen einen Abschreckungseffekt auf potentielle Straftäter in den so überwachten Bereichen.

Die solcherart von der Unionsfraktion erwartete Abschreckung Krimineller durch gut sichtbar montierte Kameras wird meiner Überzeugung nach nicht eintreten. Verbrecher und damit auch deren Straftaten werden lediglich in nicht videoüberwachte Stadtteile verdrängt. Und eine Totalüberwachung im gesamten öffentlichen Bereich können wir uns auch bei besten Vorsätzen für eine effektive Kriminalitätsprävention nicht wünschen. Die unsägliche Fernsehsendung "big brother" zeigt jetzt schon die menschenverachtenden Auswüchse unausgegorener Überwachungsphantasien.

Ich bin davon überzeugt, dass die Bürgerinnen und Bürger eine Polizei wünschen, die als Person aus Fleisch und Blut auf der Straße präsent ist, in dieser Präsenz präventiv wirkt und bei Straftaten unmittelbar eingreifen kann. Videoüberwachung gaukelt den Menschen eine Sicherheit vor, die die Polizei aufgrund ihrer schlechten Personalsituation nicht garantieren kann. Und sie ist dazu geeignet, ein Klima der latenten Unfreiheit zu erzeugen. Eine wirkungsvolle Abschreckung Krimineller und eine direkte Strafverfolgung ist nur möglich, wenn der Polizei ausreichende personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Das Herbeireden der Effektivität einer Rund-um-die-Uhr-Videoüberwachung, von wem auch immer sie kommt, zeigt, dass es keine ernsten Absichten mehr gibt, die Personalsituation der Polizei nachhaltig zu verbessern. Hier liegt die eigentliche Gefahr für die innere Sicherheit.

Ich halte es für richtig, Videoüberwachung durch Beweissicherungstrupps der Polizei nur dann einzusetzen, wenn ausreichende Gefahrenprognosen dies im Einzelfall rechtfertigen. So hat die Polizei das bisher gemacht und man sollte durchaus darüber reden, was in diesem Sinne verbessert werden kann.

Die Forderung der Unionsfraktion, die technische Überwachung von Wohnungen zu erweitern, kann ich nur unterstützen. Bereits seit Jahren fordert die GdP, in Fällen organisierter Kriminalität neben der akustischen auch die optische Überwachung zuzulassen. Die Gangster der organisierten Kriminalität haben sich mittlerweile darauf eingestellt, ihre Geschäfte in aller Stille abzuwickeln. Der Einsatz verdeckter Ermittler hat aufgrund der häufig anzutreffenden ethnischen Geschlossenheit der Tätergruppen ohnehin keine Chance.

(aus [DEUTSCHE POLIZEI 4/2000](#))